

N i e d e r s c h r i f t

HFA/004/2015

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 20.01.2015**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
bis 19:20 Uhr - TOP 10		
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Gerhard Cosse	SPD	für RM Gabriele Leskow
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	für RM Andree Hachmann
		ab 19:20 Uhr – TOP 11
Frau Helena Willers	CDU	für RM Stefan Gude

Gäste:

Herr Thomas Knur	Mitarbeiter EWG
------------------	-----------------

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Michaela Hövelmann	Mitarbeiterin Pressereferat
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Ron Erdmann	Schriftführer

Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Anfrage der Pressevertreter, die HFA- Sitzung aufzuzeichnen, bestehen auf Nachfrage keine Vorbehalte seitens der Ausschussmitglieder.

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, den TOP 9 – Eingaben an den Rat der Stadt Rheine - vorzuverlegen, da die dort zu besprechenden Eingaben und die Petition gegen die Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B Auslöser für das massive Bürgerinteresse und die große Zahl an Zuschauern seien.

Die Ratsmitglieder folgen dem Vorschlag der Bürgermeisterin.

Herr Brunsch beantragt für die FDP-Fraktion die Aufnahme des Punktes „Diskussion der Petition“ auf den öffentlichen Teil der Tagesordnung.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass dies rechtlich nicht möglich sei, da unter dem TOP „Eingaben an den Rat der Stadt Rheine“ laut Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine keine Diskussion geführt werden dürfe.

Es gebe den Punkt „Einwohnerfragestunde“, in dem einzelne Fragen gestellt werden dürften, die dann gegebenenfalls auch schriftlich zu beantworten seien.

Herr Brunsch fordert angesichts der vielen zur Sitzung erschienenen Zuschauern, dass die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses in Form einer Diskussion die Hintergründe der Anhebung der Grundsteuer B beleuchten.

Herr Hermeling erklärt, dass sich eine Diskussion bzgl. der Grundsteuererhöhung beim TOP 8 (ehem. TOP 7) im Zuge der Haushaltsplanberatungen anbieten würde. Hiermit erklärt sich Herr Brunsch einverstanden.

Öffentlicher Teil:

1. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:07:50

Frau Dr. Kordfelder informiert über die folgenden Eingaben an den Rat der Stadt Rheine

1. Eingabe an den Rat der Stadt Rheine vom 17. Dezember 2014 von Eltern der Südeschule Rheine

Bezüglich des Inklusionsvorhabens an der Südeschule Rheine äußern einige Eltern ihre Bedenken hinsichtlich der Umsetzung. Lehrerfortbildungen, die Einstellung einer Fachkraft für Sonderschulpädagogik und die Ausarbeitung eines Inklusionskonzeptes seien zeitlich so eng am neuen Schuljahr gelegen, dass ein Stundenausfall vorprogrammiert sei.

In diesem Kontext wird die Vorbereitung des Inklusionsprojektes in Frage gestellt und Maßnahmen, wie die Einstellung von mehr Personal und die Bereitstellung von zusätzlichen Räumen gefordert sowie eine Konzeptausarbeitung unter professioneller Beteiligung, bevor die Inklusion eintrete.

Information der Verwaltung

Beschlussfassung erfolgte am 13. Januar 2015 im Schulausschuss

2. Eingabe an den Rat der Stadt Rheine vom 20. Dezember 2014 bzw. vom 13. Januar 2015

Auf der Internetseite „Change.org“ wurde von den Herren Alexander Brockmeier, Nicolas Fray und Markus Reiffenschneider, eine Petition gegen die in der Ratssitzung am 16. Dezember 2015 beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B ins Leben gerufen. Hierin wird kritisiert, dass anstatt Einsparpotenziale, etwa im Kulturbereich, zu nutzen, lieber einfache Wege gesucht würden, um an Geld zu kommen. Dies geschehe auf Kosten der Bürger und sei unangebracht. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass der Zweck der Grundsteuer B der sei, die städtische Infrastruktur aufrecht zu erhalten und nicht Haushaltslöcher zu stopfen. Dies sei ein steuerfremder Zweck.

Es wird gefordert, die Erhöhung der Grundsteuer B zurückzunehmen.

Information der Verwaltung

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2014 die zitierte Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B mit großer Mehrheit beschlossen. Die Hebesatzsatzung ist am 22. Dezember 2014 amtlich bekanntgemacht worden und ist damit in Kraft getreten.

Auf Grundlage dieser Satzung sind in der vergangenen Woche die Bescheide über die Grundsteuer und die sonstigen Grundbesitzabgaben zugestellt worden.

Eine Änderung des Hebesatzes ist nur durch eine neue Hebesatzsatzung möglich. Anschließend müssten die Bescheide neu erstellt und versandt werden. Die Sachlage, insbesondere im Hinblick auf den Fehlbetrag im Haushaltplan 2015, hat sich seit dem 16. Dezember 2014 nicht grundlegend verändert.

Verfahrensvorschlag

Da die Rechtslage aufgrund des Ratsbeschlusses vom 16.12.2014 eindeutig ist und zumindest bisher keine Fraktion bzw. nicht ein Fünftel der Ratsmitglieder den Antrag gestellt hat, die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung einer Ratssitzung zu setzen, erfolgt nach derzeitigem Sachstand keine weitere Behandlung bzw. Bearbeitung der Petition.

Frau Dr. Kordfelder merkt ergänzend an, dass eine Aufarbeitung der Sachlage und Sparvorschläge und ein Einfließen der Ergebnisse in die Aufstellung des Haushaltsplanes 2016 erfolgen könne.

3. Eingaben an den Rat der Stadt Rheine vom 05. Januar, 11. Januar und 14. Januar 2015

In verschiedenen Schreiben von Rheinenser Bürgern wird ebenfalls Kritik an der Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer B geübt. Gerade vor dem Hintergrund ohnehin steigender Wohnnebenkosten und einer bestehenden Vielzahl an kommunalen Einsparmöglichkeiten abseits von Abgabenerhöhungen, sei die Hebesatzerhöhung unnötig, unverhältnismäßig und unsozial.

Es wird gefordert, die Erhöhung der Grundsteuer B zurückzunehmen.

Verfahrensvorschlag

Schriftliche Beantwortung der Beschwerden durch die Verwaltung auf Grundlage der gültigen Hebesatzsatzung

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Ausführungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis und widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

2. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 25.11.2014

0:14:10

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25.11.2014 gefassten Beschlüsse

0:14:20

Die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses sind ausgeführt worden.

Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen ist nicht erforderlich, da diese nicht gestellt, bzw. gegeben wurden.

4. Informationen der Verwaltung

4.1. Vorschläge für mobile Verkehrsüberwachung im Stadtgebiet - Antrag der FDP-Fraktion vom 14.12.2014

0:14:50

Es wird beantragt, vor Einsetzen der mobilen Verkehrsüberwachung im Jahr 2015 den Bürgern die dauerhafte Möglichkeit zu bieten, Vorschläge zu machen, wo im Stadtgebiet Überwachungen stattfinden sollten. Diese Vorschläge sollen dann auch im Einsatzplan der Verkehrsüberwachungsanlage berücksichtigt werden. In der Bürgerschaft könne diese Partizipationsmöglichkeit möglicherweise zu einer positiveren Wahrnehmung der Verkehrsüberwachungsmaßnahmen führen.

Information der Verwaltung

Die Schaffung neuer Überwachungspunkte ist mit einem erheblichen, auch zeitlichen Aufwand verbunden, wenn diese den hohen Anforderungen der Rechtsprechung genügen sollen.

Um einen schnellen Einstieg in die mobile Geschwindigkeitsüberwachung zu gewährleisten, wird daher eine Partizipation der Bürgerschaft dahingehend ermöglicht, dass in Zusammenarbeit mit der Polizei die Vorschläge der Bevölkerung im Rahmen des letzten, jüngst durchgeführten „Blitzmarathons“ aufgegriffen werden. Künftig soll und wird es immer wieder Vorschläge von Bürgern geben.

Der Intention des FDP-Antrages bzgl. der Einbindung der Bürgerschaft wird hiermit hinreichend Rechnung getragen. Lediglich eine Berücksichtigung von Bürgervorschlägen **vor** Einsetzen der mobilen Verkehrsüberwachung ist nicht möglich, da ein schneller Einstieg in die Überwachung nicht möglich ist, sofern im Vorfeld eine rechtssichere Schaffung neuer Überwachungsstandorte angestrebt wird.

Verfahrensvorschlag

Zustimmung des HFA zum Vorgehen der Verwaltung.

4.2. Einrichtung eines Jugendbeirates in Rheine -Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen vom 11.01.2015

0:17:40

Es wird beantragt, einen Jugendbeirat in Rheine einzurichten, welcher eine Interessenvertretung junger Menschen gegenüber der Stadt darstellen solle. Als Pendant zu den bereits bestehenden Beiräte (Familie, Senioren, Menschen mit Be-

hinderung), sollen die Mitglieder dieses Beirates dann dazu berechtigt sein, als beratende Mitglieder die öffentlich tagenden Ausschüsse in Ihren Sitzungen zu begleiten.

Begründet wird der Antrag mit einer herrschenden Politikverdrossenheit in jüngeren Wählerschichten. Diese würden sich missverstanden und unterrepräsentiert fühlen und hätten angesichts voller Terminkalender keine Zeitressourcen, sich politisch zu engagieren. Diesen Problematiken könne durch die Einrichtung eines Jugendbeirates und die damit einhergehende Heranführung und Einbindung in die Strukturen von Politik und Verwaltung entgegengewirkt werden.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an Verwaltung zur Vorbereitung der Beratung im JHA

4.3. Sekundarschule Rheine-Stadt - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.11.2014

0:19:00

Frau Dr. Kordfelder verliest hierzu die als Anlage 1 beigelegte Information der Verwaltung.

Verfahrensvorschlag

Weitere Erörterung im Bauausschuss am 22.01.2015

Herr Roscher äußert sich enttäuscht über den Verfahrensvorschlag der Verwaltung, da seiner Meinung nach eine Entscheidung über den SPD-Antrag zur Standortuntersuchung im HFA fallen müsse.

Herr Brauer ergänzt als Vorsitzender des Bauausschusses, dass auf der Tagesordnung kein entsprechender TOP angesetzt sei.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass Sie nur die Informationen weitergeben könne, die ihr vorlägen und eine weitere Besprechung des Themas unter TOP 8 (ehemals TOP 7) stattfinden solle.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Ausführungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis und widersprechen den Verfahrensvorschlägen ansonsten nicht.

5. Bestellung eines stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Rheine Vorlage: 031/15

0:23:00

Herr Roscher äußert Dank an dem langjährigen ehrenamtlichen Engagement des bisherigen Amtsinhabers Herrn Osterbrink und betont die Wichtigkeit der Freiwilligen Feuerwehr.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, Herrn Johannes Hellermann für eine Amtszeit von 6 Jahren, beginnend mit dem 10.02.2015 zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Rheine zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN "10 Millionen in 10 Jahren" vom 25. November 2014 - Leistungsorientierte Bezahlung (LOB) für Beamtinnen und Beamte bei der Stadt Rheine
Vorlage: 033 / 15**

0:24:50

Frau Dr. Kordfelder betont die zahlreichen Vorteile einer leistungsorientierten Bezahlung für Beamte und führt die Begründung der Vorlage aus.

Herr Hachmann erklärt, dass CDU und Grüne an dem Antrag festhalten würden. Gründe hierfür seien mit dem Beamtenstatus verbundene finanzielle Vorteile, die eine „Gleichmachung“ von Angestellten und Beamten ohnehin verhindern würden, sowie die Tatsache, dass **jeder** tariflich Beschäftigte bei der Stadt Rheine seine LOB-Leistungen ausbezahlt bekäme. Dieses System funktioniere also nicht und könne daher nicht auch noch auf Beamte übertragen werden. Darüber hinaus entstünden der Stadt Rheine hierfür Kosten i. H. v. 180.000 Euro.

Herr Reiske betont, dass eine Gleichstellung von tariflich Beschäftigten und Beamten durch die in der Vorlage vorgesehenen LOB-Leistungen für Beamte nicht erreicht werden könne. Tariflich Beschäftigte wären, was den Anspruch auf finanzielle Leistungen und Netto-Gehälter angeht, schlechter gestellt als Beamte. Sollten letztere nun zusätzlich LOB-berechtigt sein, so ginge die Spanne zwischen den beiden Arbeitnehmergruppe immer mehr auseinander.

Herr Roscher merkt an, dass durch LOB Leistungsanreize geschaffen werden. Darüber hinaus seien Beamte bei den arbeitsrechtlichen Entwicklungen in den letzten Jahren häufig gegenüber den tariflich Beschäftigten benachteiligt gewesen. Außerdem bestehe mit Blick auf den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst die Gefahr, dass Verwaltungen, die LOB-Leistungen an Beamte auszahlen, der Stadt Rheine hierdurch wichtige Fachkräfte durch eine erhöhte Attraktivität abziehen könnten.

Herr Ortel weist darauf hin, dass es die Motivation verschlechtere, wenn Kollegen die gleiche Arbeit unter verschiedenartigen Konditionen erbrächten. Er fordert auf, zu hinterfragen, weshalb die 50 % der vergleichbaren Kommunen LOB-Leistungen an Beamte zahlen würden.

Herr Jansen betont, dass dem Vorschlag der Verwaltung nicht entsprochen werden könne, da LOB-Leistungen für tariflich Beschäftigte pflichtige Leistungen dar-

stellen würden, wobei selbige für Beamte auf freiwilliger Basis erfolgen würden. Und diese freiwilligen Kosten könne man sich schlichtweg nicht leisten. Unterschiede zwischen den Arbeitnehmergruppen seien hier zweitrangig.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2014, die Einführung der leistungsorientierten Bezahlung für Beamtinnen und Beamte (LOB) in 2015 nicht umzusetzen, nicht zu.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Beamtinnen und Beamten der Stadt Rheine in das System der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) einzubeziehen.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die im Haushaltsplanentwurf 2015 enthaltenen Haushaltsmittel zur Umsetzung des Beschlussvorschlages zu 2. in Höhe 180.000 €/Jahr unverändert im Rahmen des Haushaltsplanes 2015 bereitzustellen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	5	Ja-Stimmen
	14	Nein-Stimmen
	1	Enthaltung

Eine Einführung von LOB-Leistungen für Beamte bei der Stadt Rheine wird damit entsprechend des Antrages der Fraktionen CDU und B90/ Die Grünen abgelehnt.

7. Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: 021 / 15

0:47:50

Herr Roscher hinterfragt die Entscheidung, an die Stelle „Fachbereichsleiter Interner Service“ einen kw-Vermerk anzubringen, da der Nachfolger von Frau Dr. Kordfelder absehbarerweise nach Amtsantritt eine identische Stelle schaffen müsse. Also sei es unverständlich, weshalb man jetzt ein halbes Jahr ohne selbige auskommen solle.

Herr Hachmann gibt zu bedenken, dass mit Einzug eines neuen Bürgermeisters diverse Änderungen im Fachbereich Interner Service einhergehen könnten. Daher müsse man bis zur Bürgermeisterwahl flexibel bleiben und dürfe nicht verfrüht derartige Personalentscheidungen treffen.

Herr Ortel kritisiert, dass sich die betreffende Stelle in der Experten- und nicht etwa in der Politikebene befände, womit die Anbringung eines kw-Vermerkes aus politischen Gründen ungewöhnlich sei und dass die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hinter den Kulissen strukturelle Intentionen verfolgen würden.

Frau Dr. Kordfelder berichtet von den bisherigen Bemühungen und Rückschlägen bei der Stellenwiederbesetzung, die nunmehr vom Rat durch Anbringung des kw-Vermerkes unterbunden worden wäre. Darüber hinaus mahnt sie die Ausschussmitglieder an, dass ein solcher Umgang mit Personal, wie er derzeit gepflegt

werde, bereits jetzt dazu führe, dass sich immer weniger Externe auf frei werdende Stellen bewerben würden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den dieser Vorlage als Anlagen 1 bis 3 beige-fügten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2015.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	12	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen

8. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2015 - 2018 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen Vorlage: 009/15

0:58:40

Herr Krümpel informiert darüber, dass in der Vorlage sowohl mit Flüchtlingszahlen zusammenhängende Beträge fehlten, als auch mögliche Einsparungen beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses rechts der Ems. Beides werde in die Ratsvorlage eingearbeitet und dem Rat am 10.02.2015 vorgestellt. Des Weiteren sei auch nach Anhebung der Grundsteuer immer noch ein Defizit von 5,3 Mio. Euro vorhanden, welches nicht kurzfristig abgebaut werden könne, weshalb auch eine kurzfristige Absenkung der Grundsteuer voraussichtlich nicht möglich sei.

Die Verwaltungsführung verständigt sich mit Herrn Hachmann darauf, die von der CDU-Fraktion angestrebte Streichung der privaten Denkmalpflege (Produkt 56) vor der Ratssitzung noch einmal wegen Klärungsbedarf im Bauausschuss am 22.01.2015 zu thematisieren.

Herr Roscher betont die enormen Kosten für das Projekt „Sekundarschule Stadt-Nelson Mandela Schule“ und die Standortfrage.

Herr Brunsch kritisiert die nicht vermittelbaren Sparvorhaben der anderen Fraktionen und verteidigt gleichzeitig einen Rückgriff auf das Stammkapital der Stadtparkasse zur Haushaltskonsolidierung. Erst wenn diese Sparbemühungen dann 2015 nach wie vor nicht ausreichen sollten, würde die FDP-Fraktion Steuererhöhungen als letztem Mittel zustimmen. Jedoch sei derzeit eine Steuererhöhung unverständlich.

Herr Hachmann führt aus, dass selbst bei unmittelbarer Schließung sämtlicher Einrichtungen der Stadt Rheine nach wie vor ein Defizit von 4 Mio. Euro bliebe. Ein kurzfristiges Auffangen dieses Defizites sei schlichtweg nicht möglich, besonders nicht ohne Anhebung der Grundsteuer. Es wird weiterhin ausgeführt, dass die Entnahme von Stammkapital aus der Sparkasse dieser in extremem Maße schaden würde und daher nicht ratsam sei. Gleiches gelte für eine Änderung des Schulstandortes der Sekundarschule Rheine - Nelson Mandela Schule, da eine Entscheidung bereits gefallen sei und einige Eltern ihre Kinder schon dort ange-

meldet hätten. Darüber hinaus sei ein anderer Standort nicht zwangsläufig günstiger als der jetzige.

Herr Ortel rügt mit Blick auf die Grundsteuererhöhung die fehlende Begründung, weshalb gerade in 2015 so drastische Bemühungen betrieben werden würden, das Defizit der Stadt Rheine zu vermindern. Die AfR sei wie die FDP für eine schrittweise und konzentrierte Anhebung der Steuern gewesen, um das richtige Verhältnis zwischen Einsparungen und Steuererhöhungen zu wahren, um den Bürgern das Vorgehen so besser vermitteln zu können. Weitere Kritik wird an der Einsparung bei den Fußballvereinen geübt. Diese hätten ihre Finanzpläne schon aufgestellt und sähen sich jetzt mitten im Planungsjahr mit einer überraschenden Verminderung ihrer finanziellen Mittel konfrontiert.

Herr Reiske geht auf die besonders gute Infrastruktur der Stadt Rheine ein und betont, dass diese von den Bürgern finanziell mitgetragen werden müsse. Im Bezug auf die Kostenfrage für die Nelson Mandela Schule stellt er dar, dass es sich hier um investive Mittel handle, die den Haushalt deutlich weniger belasteten als durchlaufende Aufwendungen.

Herr Roscher erinnert daran, dass auch in der Vergangenheit schon enorme Sparbemühungen angestrengt wurden und die negativen Kostenentwicklungen auch durch veränderte Rahmenumstände und Regelungen von außerhalb der Stadt Rheine (Land, EU, etc.) zustande gekommen wären. Daneben sei auch die viel angesprochene Generationengerechtigkeit keine rein betriebswirtschaftliche Größe, sondern bestehe auch aus einer sozialen und kulturellen Infrastruktur, wie der Umsetzung von Barrierefreiheit und Inklusion.

Frau Floyd-Wenke mahnt an, dass das Haushaltsdefizit nicht ausschließlich auf Kosten der Bürger zu minimieren sei. Es müsse auch über eine Beteiligung der Unternehmen nachgedacht werden müsse. Dies könne bewirkt werden, indem man die EWG beauftrage, lediglich solche Unternehmen zu bewerben, die Ihre Gewerbesteuer in Rheine zahlen.

Herr Krümpel erklärt, dass gerade in diesem Jahr so enorme Konsolidierungsbestrebungen an den Tag gelegt würden, weil 2014 mit großer Wahrscheinlichkeit der Schwellenwert für ein Haushaltssicherungskonzept überschritten werde. Sollte dies 2015 erneut geschehen, wäre ein Eintritt in die Haushaltssicherung unabwendbar.

Herr Ortel kündigt einen Antrag für die kommende Ratssitzung an, mit dem angestrebt werden solle, auf die von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen geplanten Budgetverbesserungen bei der Sportförderung (Produktgruppe 15) i. H. v. 23.500 Euro für 2015 zu verzichten.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etatberatungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Buchstabe B, Ziffer 1 enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen zu.

- 1.a Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, folgende weitere Veränderung: Der im Haushaltsplanentwurf für 2015 - 2018 in den Fachbereichsbudgets enthaltene Betrag i. H. v. 180.000 Euro für die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Leistungsorientierte Bezahlung wird nicht veranschlagt
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 2 – Sonstige Änderungen in den Fachbereichsbudgets – aufgeführten Veränderungen zu.
3. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den unter Buchstabe B, Ziffer 3 – Änderungen bei Verpflichtungsermächtigungen – aufgeführten Veränderungen zu.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Fortschreibung des Sonderbereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen – gemäß den Anlagen 3 und 4 unter Berücksichtigung der in der Begründungen unter Buchstabe B, Ziffer 4 enthaltenen Erläuterungen zu.
5. Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlage 5 beigefügten Einwendungen nach § 80 III Gemeindeordnung NW unter Berücksichtigung der unter Buchstabe B, Ziffer 5 gemachten Erläuterungen zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Einwendungen nicht erforderlich ist und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Einwendungen zur Kenntnis zu nehmen und aufgrund der Einwendungen keine Änderungen des Haushaltsplanentwurfes zu beschließen.
6. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2015 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2015 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu beschließen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	12	Ja-Stimmen
	8	Nein-Stimmen

9. Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2014
Vorlage: 030 / 15

1:49:10

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2014 zur Kenntnis.

10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:49:50

Herr Nicolas Fays kritisiert das Vorgehen der Ratsmitglieder dahingehend, dass sich diese durch Steuererhöhungen lediglich Zeit für diverse Prüfaufträge verschaffen wollten. Es müsse eine elementare und tiefgreifende Richtungsänderung erfolgen, um die Stadt zukunftsfest zu machen. Eine solche Änderung sei bislang nicht erkennbar.

Herr Heinz Roschmann stellt die Frage, ob die Grundsteuererhöhung wie beschlossen umgesetzt werden würde, was Frau Dr. Kordfelder bejaht.

Herr Franz Ecker (Steuerweg 11 in 48431 Rheine) fragt nach einer exakten Aufstellung der SpARBemühungen der Stadt Rheine der letzten Jahre sowie nach dem Vorliegen von verwertbarem Vermögen, welches zur Konsolidierung genutzt werden könne. Außerdem wird erfragt, ob für eine Verwertung konkrete Pläne beständen. Abschließend betont Herr Ecker, dass die Grundsteuer B auch von Unternehmen zu entrichten sei und man sich hier in deutlich höheren Preisklassen befände als bei normalen Grundstücken.

Frau Dr. Kordfelder informiert bezüglich des Vermögens, dass hierzu einige Prüfaufträge der Ratsmehrheit vorlägen und versichert, Herrn Ecker die nötigen Unterlagen zukommen zu lassen.

Herr Heinz-Jürgen Wisselmann (Falkenstr. 25 in 48431 Rheine) erfragt, ob der Stadt Rheine für die Radstation West Mieteinnahmen entstehen.

Herr Schröder erklärt, dass neben einem (aufgrund fehlender Fördermittel) ruhenden Zuschussantrag beim Land NRW keinerlei Mietverträge beständen. Sobald der Zuwendungsbescheid erlassen werde, würden die Verhandlungen mit dem Träger beginnen, in welcher Form der Betrieb der Radstation zu gewährleisten sei.

Weiterhin erfragt Herr Wisselmann, wie der Rat den Begriff „Generationengerechtigkeit“ definiere. Frau Dr. Kordfelder sagt hierauf eine schriftliche Antwort zu.

Herr Alexander Brockmeier trägt vor, die Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen hätten bei Einbringung der Hebesatzerhöhung in den Haushalt versichert,

dass diese die Höhe der Kreisumlage berücksichtige. Die Kreisumlage falle nunmehr geringer aus, ohne dass die Grundsteuer sich dadurch vermindere. Herr Brockmeier bittet hierfür um eine Erklärung.

Herr Krümpel antwortet, dass eine Berücksichtigung der weniger hoch ausfallenden Kreisumlage lediglich einen marginalen Einfluss auf die Höhe des Grundsteuerhebesatzes habe, der dann immernoch auf 580 Prozent statt auf 600 Prozent angehoben werden müsse.

Frau Christel Mahlmann erfragt, warum sich die Stadt Rheine bei ihrer finanziellen Situation drei stellvertretende Bürgermeister leiste.

Frau Dr. Kordfelder hebt die enorme Bedeutung der stellvertretenden Bürgermeister in Bezug auf Repräsentation, Anerkennung, Menschlichkeit und Bürgernähe hervor, den die Ausführung dieses Ehrenamtes mit sich bringe.

Herr Florian Hey erbittet eine Antwort auf die Fragen ob nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (etwa durch Private) gesucht werde und ob nicht eine kommunale Schuldenbremse für die Stadt Rheine in Frage käme.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass diese Fragen als Anregungen mit in die weiteren Diskussionen einfließen würden.

11. Anfragen und Anregungen

11.1. Antrag der SPD Fraktion vom 20.01.2015 zum Thema Photovoltaik

2:10:10

Herr Roscher macht einige kurze Ausführungen zum Antrag der SPD, der diesem Protokoll als Anlage 2 beigelegt ist.

11.2. Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2015 zum Thema Friedwald

2:11:10

Herr Roscher macht einige kurze Ausführungen zum Antrag der SPD, der diesem Protokoll als Anlage 3 beigelegt ist.

Frau Dr. Kordfelder sichert eine weitere Bearbeitung der Anträge zu.

Ende des öffentlich Teils der Sitzung: 19:22 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Ron Erdmann
Schriftführer